

„Wir müssen zunächst eine Untersuchung darüber anstellen, ob sich nicht die gesellschaftliche Struktur unseres Landes seit den Zeiten, in denen die ersten Versicherungsgesetze gemacht wurden, so verändert hat, dass wir die sozialen Leistungen auf einer anderen Grundlage aufbauen müssen, als dies damals geschehen. Sicher, als damals diese verschiedenen Gesetze geschaffen wurden, war es eine große und beispielhafte Tat. Wenn wir jetzt zu etwas anderem kommen, dann besteht gar kein Anlass zu glauben, dass das eine Kritik sein soll an dem, was bisher geleistet worden ist.“ So umschrieb Bundeskanzler Konrad Adenauer vor fünfzig Jahren, am 3. Juni 1955, in einer Sitzung des CDU-Bundesvorstandes die Aufgabe der bevorstehenden Sozialreform.

Diese Aufgabe ist von bestechender Aktualität. Auch heute können wir sagen, der Sozialstaat ist eine Errungenschaft, die wesentlich zur Stabilität unseres Gemeinwesens beigetragen hat. Doch der Sozialstaat heutiger Prägung ist überlastet und den veränderten Bedingungen und Herausforderungen derzeit nicht mehr gewachsen. Deshalb ist seine Neugestaltung dringend erforderlich. Hiergegen wenden sich vor allem diejenigen, die am Sozialstaat in seiner jetzigen Gestalt festhalten wollen: an einem Sozialstaat, der unverändert finanzierbar ist und bleibt, dessen soziale Sicherungssysteme dauerhaft tragen und der Gerechtigkeit schafft, indem er Geld verteilt. Gegen eine Reform wenden sich auch diejenigen, die glauben, neue Lösungen, die dem Wan-

del der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Lage Rechnung tragen, seien gleichbedeutend mit dem „Abbau des Sozialstaates“. Doch es geht nicht um Abriss oder Abbau, sondern, wie Bundespräsident Köhler in seiner Antrittsrede mit Bezug auf den Impulstext der deutschen Bischöfe „Das Soziale neu denken“ forderte, um eine „Entwicklungspolitik für ein entwickeltes Land“: Systeme sozialer Sicherheit, die nicht mehr tragen, dürfen dennoch nicht für diejenigen Menschen zum existenziellen Problem werden, die Unterstützung brauchen.

Blockade überwinden

Denn die nüchterne Analyse zeigt: Die soziale und wirtschaftliche Lage in unserem Land ist bedrückend. Die strukturell verfestigte Massenarbeitslosigkeit hat mit bis zu fünf Millionen registrierten Erwerbslosen ein unerträgliches Maß erreicht. Die Sozialversicherungen sind in einer gefährlichen Schräglage. Die Menschen machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz, um ihre persönliche Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder und Kindeskiner. Diese Sorgen der Menschen sind Aufgabe und Herausforderung für eine langfristig wirksame Politik, die den Menschen ins Zentrum ihres Handelns stellt. Worauf kommt es jetzt an?

Die Blockade des politischen Systems muss überwunden werden. Schnellstmöglich muss daher ein neuer Anlauf für eine durchgreifende Föderalismusreform unternommen werden: Die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund

und Ländern muss verbessert und die politischen Verantwortlichkeiten müssen deutlicher zugeordnet werden. Dies gilt auch für den Fall, dass keine parteipolitische Konfrontation zwischen Bundesrat und Bundestag besteht. Unser Land braucht einen echten Fortschritt in politischer Transparenz und Effizienz.

Gebot der Gerechtigkeit

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat einen dramatischen Stand erreicht. Sie stellt die drängendste politische, wirtschaftliche und soziale Herausforderung dar, für deren Bekämpfung keine einfachen Rezepte zur Verfügung stehen. Gleichwohl zeigt der internationale Vergleich, dass Arbeitslosigkeit kein unabwendbares Schicksal ist, dem Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hilflos ausgesetzt wären. Die Politik kann nicht versprechen, für jeden einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen zu können. Doch sie muss die Reformen des Arbeitsmarktes, des Steuersystems und der sozialen Sicherungssysteme nachhaltig betreiben, damit Arbeitsplätze erhalten werden und neue entstehen können. Besonderes Augenmerk ist auf die Problematik der Langzeitarbeitslosigkeit und die schwierige Arbeitsmarktlage der niedrig qualifizierten Arbeitnehmer zu legen. Wenn gleich der Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt oberste Priorität zukommt, bleibt öffentlich geförderte Arbeit für einen Teil der Arbeitssuchenden und auch zur Gestaltung von Übergängen notwendig. Die Beteiligung am Erwerbsleben eröffnet Chancen in vielen Lebensbereichen. Daher ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, die Teilnahmekancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Die anhaltende Arbeitslosigkeit und die Zunahme neuer sozialversicherungsfreier oder nur minimal versicherungspflichtiger Formen der Erwerbsarbeit, aber auch der demografische Wandel tra-

gen zu einer erheblichen Minderung der Einnahmen in den Sozialversicherungssystemen bei. Die Finanzierungssysteme müssen den gewandelten Verhältnissen Rechnung tragen. Die Menschen brauchen auch in Zukunft soziale Sicherungssysteme, auf die sie sich verlassen können. Durch eine langfristig angelegte Politik muss der Sozialstaat gesichert werden, insbesondere im Interesse derjenigen, die auf seine Hilfe angewiesen sind. Unser Sozialstaat muss auch zukünftig die Solidarität mit den Schwachen gewährleisten und zugleich die Bereitschaft und Befähigung zu Eigenverantwortung und Selbstinitiative unterstützen.

Schutz von Ehe und Familie

Die Menschen wollen, dass ihre Beziehungen, dass Ehe und Familie glücken, auch wenn dies nicht immer gelingt. Der Staat kann dies nicht herbeiführen. Doch staatliches Handeln kann Hilfestellung bieten und damit den unterschiedlichen Gestaltungsformen von Familie und den daraus resultierenden Anforderungen an Betreuung, Ausbildung, Arbeitsplatz und so weiter gerecht werden. Weil Ehe und Familie einen grundlegenden Beitrag für die Entfaltung des Einzelnen und für die Zukunft unserer Gesellschaft erbringen, verpflichtet das Grundgesetz die staatliche Gemeinschaft, Ehe und Familie besonders zu schützen. Die Einzigartigkeit der Ehe muss respektiert und ehe- und familienfördernde Rahmenbedingungen müssen verwirklicht werden. So sind zum Beispiel die Familienleistungen in den Sozialversicherungssystemen und im Steuerwesen adäquat zu berücksichtigen. Auch mit Familienarmut dürfen wir uns nicht abfinden. Die Bekämpfung der strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber Familien ist und bleibt eine zentrale Aufgabe der Politik. Wir brauchen eine Gesellschaft, die Familien unterstützt und Freude an Kindern und damit auch an der Zukunft hat.

*Der Umbau des Sozialstaates muss die Sorge um die Armen ins Zentrum stellen.
Der Fokus der Reformen darf nicht vorrangig ein ökonomischer sein. Hier:
Zwei Frauen, die vom Hartz-IV-Einkommen leben, stehen am 1. April 2005 in Leipzig
mit Nummern vor einem Laden des „Leipziger Tafel e. V.“, um Lebensmittelspenden zu erhalten.*

© dpa, Foto: Waltraud Grubitzsch



Wir wissen alle um diese zentralen Herausforderungen, dennoch sind augenscheinlich in die Zukunft weisende, langfristig tragfähige Erneuerungen schwer zu verwirklichen. Auch Neuwahlen werden hieran unmittelbar nichts ändern. Denn nicht das Scheitern einer Regierung, sondern im Wesentlichen mentale und strukturelle Blockaden verhindern beziehungsweise bremsen die Fortentwicklung des Sozialstaates: Es gibt ein Ungleichgewicht im politischen Prozess zwischen gut organisierten und daher einflussreichen Interessen einerseits und schlecht organisierbaren, aber in besonderer Weise der Unterstützung des Staates bedürftenden Interessen andererseits. Ebenso herrscht ein Ungleichgewicht zwischen den aktuell drängenden Problemen und Forderungen und den absehbaren – möglicherweise schwerer wiegen-

den – Problemen und Forderungen der Zukunft.

Neben der stark korporatistischen Prägung des politischen Systems der Bundesrepublik, die oft partikularen Interessen zu Dominanz verhilft, zeigt sich auch, dass die lange Zeit gepflegte Verengung des Verständnisses von Sozialpolitik auf Verteilungspolitik nicht zielführend war. Dadurch wurde ausgeblendet, dass vor allem Familienpolitik, aber auch Bildungs- und Berufsbildungspolitik zukunftsorientierte Bereiche der Gesellschaftspolitik sind. Wir müssen die Blickrichtung ändern: Nicht mehr die Verteilungsgerechtigkeit – die weiterhin ihre Berechtigung hat – kann allein im Vordergrund stehen, sondern die Beteiligungsgerechtigkeit muss stärker in den Blick genommen werden. Familien- und Bildungspolitik müssen Teil einer vorausschauenden Sozial-

politik sein, die zu mehr Beteiligungsge-rechtigkeit führt und neben der Alterssi-cherung nun vor allem die Nachwuchsförderung vorantreibt.

Nicht zuletzt fehlen Institutionen, die den Blick auf das Ganze und auf eine nachhaltige, zukunftsorientierte Politik richten. Gerade dieser letzte Punkt bedeutet im Zusammenhang mit der Domi-nanz der Partikularinteressen einen Man-gel an Rationalität in der Fortentwicklung des Sozialstaates.

Mensch im Mittelpunkt

Mag es für die Ausgestaltung der Zu-kunft unserer Gesellschaft auseinander gehende Ansichten geben, über die ge-stritten werden darf und soll, in der Frage der Fundamente aber ist ein Grundkon-sens unverzichtbar. „Der Mensch muss Träger, Schöpfer und das Ziel aller gesell-schaftlichen Einrichtungen sein“, so Jo-hannes Paul II. in der Sozialenzyklika *Ma-ter et Magistra*. Daher muss die Grundaus-richtung aller Reformbemühungen sein, den Menschen ins Zentrum allen politi-schen Handelns zu stellen. Insbesondere die Wirtschafts- und Sozialpolitik sind daran zu messen, inwieweit sie letztlich der Wohlfahrt und den Entfaltungsmög-lichkeiten aller Menschen zugute kom-men. Deshalb sind Subsidiarität und Soli-darität die entscheidenden Fundamente des Sozialstaates. Dabei ist Subsidiarität gerade nicht mit fortschreitender Ent-solidarisierung und Individualisierung gleichzusetzen, sondern als wirksame Hilfe zur Selbsthilfe zu verstehen. Der auf dem Prinzip der Solidarität gründende Sozialstaat findet seine wesentliche Auf-gabe in der Organisation von Selbst-verantwortung und Hilfsbereitschaft. So

sind Solidarität und Subsidiarität aufein-ander verwiesen. Erst im Zusammenspiel ermöglichen sie eine gerechte und zu-kunftsichere soziale Ordnung und die-nen so der vollen Entfaltung der Person in der Gemeinschaft.

Wenn wir nichts ändern, setzen wir den Sozialstaat aufs Spiel. Wenn nichts getan wird, werden die Schwachen die Leid Tragenden sein, weil sie in besonde-rer Weise auf die Förderung durch den Sozialstaat angewiesen sind. Der Auftrag für einen tief greifenden Umbau des Sozi-alstaates entspringt der Sorge um die Ar-men. Für diejenigen, die der Unterstüt-zung und auch des Schutzes bedürfen, muss der Sozialstaat „armuts- und zu-kunftsfest“ gemacht werden. Die Fortent-wicklung des Sozialstaates ist eine Frage der Gerechtigkeit und nicht nur aus öko-nomischen Gründen notwendig.

Gemeinsame Neubesinnung

Unter den gegenwärtigen ökonomischen, sozialen und demografischen Bedingun-gen geht es heute in erster Linie um dieje-nigen, die, allein auf sich gestellt, keine hinreichende Chance auf Beteiligung ha-ben: die Arbeitslosen, die Familien, die in den Bildungssystemen Ausgegrenzten und die zukünftigen Generationen. Es wird die gemeinsame Aufgabe aller im Bundestag vertretenen Fraktionen sein, diesen langwierigen und komplexen Pro-zess der Fortentwicklung des Sozialstaa-tes erfolgreich zu bewerkstelligen.

Worauf es jetzt wirklich ankommt, sind eine gemeinsame Neubesinnung auf Grundlagen, Werte und Ziele des Zu-sammenlebens und eine Änderung von Verfahrensweisen, damit Reformen in unserem Land möglich werden.